



Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle spüren es: an der Tankstelle, im Supermarkt, beim Bäcker oder an der Imbissbude – die Preise steigen rasant. Um durchschnittlich 7,9% lagen sie im Mai diesen Jahres über denen im Mai 2021. In Brandenburg war der Anstieg mit 8,5% sogar noch stärker. Neben noch immer gestörten Lieferketten aufgrund der Corona-Pandemie hat diese Entwicklung vor allem eine zentrale Ursache: die Energiekrise infolge des russischen Einmarsches in

der Ukraine und der daraufhin verhängten Sanktionen des Westens.

Die Strom-, Öl- und Gaspreise sind in den letzten Wochen regelrecht explodiert! An den Energiebörsen werden teils die sechsfachen Preise im Vergleich zum Vorjahr aufgerufen. Das wirkt sich indirekt aufgrund gestiegener Produktions- und Transportkosten auf alle anderen Bereiche aus – insbesondere auf die Lebensmittelpreise. Und der große Hammer kommt erst noch, wenn Ende des Jahres die Strom- und Heizkostenabrechnungen in die Briefkästen flattern. Zahlreiche Menschen werden die teils immensen Nachzahlungen sowie die ab nächstem Jahr doppelt und dreifach so hohen Abschlagszahlungen schlicht nicht mehr bezahlen können. Von was auch? Knapp 2900 Euro muss ein durchschnittlicher Haushalt dieses Jahr wohl mehr ausgeben, so erste Berechnungen. In Brandenburg, wo der durchschnittliche Bruttolohn gerade einmal bei 2700 Euro liegt, sind das beinahe zwei Netto-Monatsgehälter – allein für die Mehrkosten! Besonders in den Neuen Ländern ist die Gefahr des Abrutschens in die Armut daher besonders groß. Zahlreichen Menschen drohen schon bald existenzielle Geldnöte.

Für uns ist klar:

Die Regierung muss handeln!

Aus dem Inhalt:

Regierung muss handeln	S.1
Martin Schirdewan aktuell:	S.2
Frieden mit zivilen Mitteln sichern	S.3
Helmut Scholz: zur nuklearen Abrüstung und Klimarettungs-Fonds	S.4
Militärlogik überwinden	S.5
Garantieplan für Schwedt	S.6
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.7
	S.8

Sie muss einerseits die akuten Folgen der Preiskrise abfedern. Dazu haben wir zahlreiche Vorschläge unterbreitet, auch in diesem Plenum, zum Beispiel mit der Verlängerung des Neun-Euro-Tickets oder dem Pflegebonus. Für die wichtigsten Güter brauchen wir zumindest temporäre Preisdeckel, konkret mit Blick auf Wohnraum, Lebensmittel und Energie. Anders wird es nicht gehen! Die alte Losung: Löhne rauf, Preise runter ist aktueller denn je.

Gleichzeitig müssen wir endlich ran an die Ursachen für diese Preisexplosion. Das heißt, eine Regulierung der Finanzmärkte und eine Neubewertung der Energiesanktionen. Allein die Debatte um ein Ölembargo hat die Ölpreise bei uns in ungekannte Höhen klettern lassen und Putin gleichzeitig Mehreinnahmen von 14 Milliarden Euro beschert. Es ist geradezu schizophren!

Der grüne Bundeswirtschaftsminister Habeck hat in dieser Woche nun die zweite Alarmstufe beim Notfallplan Gas ausgerufen. Das ermöglicht es Gasanbietern, die krass gestiegenen Preise noch leichter an Verbraucherinnen und Verbraucher weiterzugeben. „Frieden für die Freiheit“ rückt damit näher – zumindest für jene mit kleiner Geldbörse. Außerdem werden damit die Kohlekraftwerke aus der Reserve geholt, was den Kohlekompromiss dauerhaft in Frage stellt – auch mit Blick auf Brandenburg und Welzow II.

Wir sagen: Es reicht!

Was gerade passiert, ist die faktische Enteignung breiter Bevölkerungsschichten, die dieser Preiskrise schutzlos ausgeliefert sind. Als Brandenburger Linksfraktion stellen wir uns hier quer. Dabei zählen wir auf Ihre Unterstützung! Jetzt heißt es: unterhaken!

Herzlichst, Ihr

Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender
Newsletter Juli 2022

Inflation: Linken-Chef warnt vor "sozialer Katastrophe"

Die Partei "Die Linke" steckt noch immer im Umfragetief. Obwohl die Themen, die Deutschland gerade bewegen, typisch "links" sind: Alles wird teurer und knapper. Co-Parteichef Martin Schirdewan spricht sogar von einer Gefährdung der Demokratie.

Wegen explodierender Preise für Gas und Lebensmittel infolge des Ukraine-Kriegs droht aus Sicht der Linken eine "soziale Katastrophe" - mit Gefahrenpotenzial auch für die Demokratie in Deutschland. Co-Parteichef Martin Schirdewan warnte im ARD-Sommerinterview, man laufe als Gesellschaft in einen perfekten Sturm.

Schirdewan warnte vor einer "gewaltigen Welle von Energiearmut", die zusammen mit der hohen Inflation dazu führe, "dass die Leute sich die Nahrungsmittel nicht mehr leisten können, dass die Mieten immer weiter steigen".

Linke Proteste im Herbst

Schirdewan sieht wegen der in den kommenden Monaten drohenden Verwerfungen nach eigenen Worten die Gefahr, dass das Land in eine "manifeste Krise der Demokratie" läuft. Die extreme Rechte beginne jetzt schon zu mobilisieren. Denen gehe es aber nicht um die soziale Frage, sondern um ihr "antidemokratisches Programm".

Zugleich kündigte er an, dass auch die Linke im Herbst zu Protesten aufrufen werde. Ziel sei es, die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP zum Handeln zu bewegen. Seine Partei werde etwa für einen Gaspreisdeckel kämpfen, für ein Mietenmoratorium und ein Verbot von Gas- und Stromsperren für Verbraucher, die ihre Rechnungen nicht zahlen können.

Lindner bittet "Krisengewinner nicht zur Kasse"

Der Co-Vorsitzende der Linken im Europäischen Parlament kritisierte auch Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), weil dieser sich weigere, die "Krisengewinner zur Kasse zu bitten" - zum Beispiel in Form einer Übergewinnsteuer für bestimmte Unternehmen. Mit den Einnahmen könne der Staat sozialpolitische Maßnahmen für arme Menschen finanzieren.

Friedenssicherung mit "zivilen Mitteln"

In der internen Debatte der Linken über den Umgang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine betont Parteichef Martin Schirdewan, dass der Parteitag inhaltlich eine klare Linie festgezurr habe. "Wir lehnen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands ohne Wenn und Aber mit aller Entschiedenheit ab", so Schirdewan. Und genauso stehe man auch solidarisch an der Seite der ukrainischen Zivilbevölkerung, der Ukraine, die diesen Angriffskrieg erleiden muss. Und das sei auch überhaupt gar kein Diskussionsgegenstand in der Partei.

Mit Blick auf einen Tweet der früheren Fraktionschefin Sahra Wagenknecht, die unter Bezug auf die Grünen von einem "wahnsinnigen Krieg gegen Russland" geschrieben hatte, sagte Schirdewan, natürlich gebe es inhaltliche Differenzen in der Partei. Twitter sei nicht das Gremium, das politische Entscheidungen fälle.

Zur Forderung der Linken nach einem kollektiven Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands als Alternative zur Nato warf Schirdewan die Frage auf, ob dies überhaupt noch möglich sei.

Er glaube, dass man darüber nachdenken müsse, wie Frieden gesichert werden könne mit zivilen Mitteln, wie man die Militärlogik, die derzeit alles dominiere - auch in der Bundesrepublik - überwinden könne. Schirdewan verwies darauf, dass etwa die Vereinten Nationen jüngst erfolgreich ein Abkommen zur Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine verhandelt haben.

"Diplomatie wirkt,

Diplomatie funktioniert"

sagte er.



Martin Schirdewan
Beitrag bei br24

Ein lauter Ruf nach nuklearer Abrüstung - "Klimarettung-Fonds"

Ein Kommentar zum Jahrestag der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Am 6. und 9. August - dem 77. Jahrestag der US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki - werden weltweit die Forderungen nach Beseitigung aller Nuklearwaffen erschallen. Sie werden und müssen deutlicher sein als in den vergangenen Jahren, ist doch mit der russischen Aggression in der Ukraine auch die Drohung des Einsatzes von Kernwaffen als militärische Option in die reale Politik zurückgekehrt. Die seit Jahren zunehmende Nichtbereitschaft und Unfähigkeit sehr unterschiedlicher staatlicher und wirtschaftlicher Akteure in einer global eng wie nie vernetzten Welt mit ihren Abhängigkeiten friedliche Koexistenz, Sicherheit und Stabilität für das 21. Jahrhundert neu zu denken und zu organisieren hat nicht nur Krieg in neuer Dimension zurückgebracht, sondern befördert auch die schneller drehende Rüstungsspirale, nicht zuletzt im nuklearen Bereich. Entgegen dem Wissen aller um die nur noch gemeinschaftlich zu meisternden globalen Herausforderungen werden diese aber zweitrangig und das Durchsetzen eigener Interessen und Wertemaßstäbe zum alleinigen treibenden Momentum internationaler Politik. Frieden und Sicherheit - in Europa, in der Welt sind bedroht. [Deshalb ist es wichtig, dass im Friedrichshain in Berlin die japanische Friedensglocke zum Dröhnen gebracht wird - wie in so vielen Städten der internationalen Friedensglocken-Gemeinschaft.]

In dieser Woche sind in New York die Abgesandten der 191 Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrags (mit coronabedingter zweijährigen Verspätung) zur 10. Überprüfungskonferenz zusammengetreten. Das Abkommen verbietet die Weiterverbreitung von Kernwaffen und verpflichtet die Atommächte zur nuklearen Abrüstung. Bei beiden Punkten gibt es jedoch nicht erst seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar Grund zur Sorge. Noch immer lagern 13.000 Atomwaffen in den Arsenalen der Nuklearmächte - offiziell. Diese würden ausreichen, um das Leben auf der Erde mehrfach auszulöschen. Bis zu 20 US-Atombomben stehen auf dem deutschen Fliegerhorst Büchel bereit, um im "Ernstfall" im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilnahme von der Bundeswehr eingesetzt zu werden. Vom Abzug dieser Systeme, der im Wahlkampf 2021 noch von SPD und Grünen gefordert wurde, ist nichts mehr zu hören. Und es ist nicht akzeptabel, wenn Bundesaußenministerin Baerbock allgemein sich zu nuklearer Abrüstung in New York bekennt und zugleich die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik und die NATO-Atomwaffen Einsatzstrategien bekräftigt. Wer soll da die Ernsthaftigkeit deutscher Sicherheits- und Entspannungspolitik in der „Zeitenwende“ glaubwürdig finden?

Vor allem all jene Staaten, die wie die inoffiziellen Atomwaffenstaaten ihre Rüstung in diesem Bereich fortsetzen. Denn gerade die Doppelstandards in der internationalen Politik erschweren den so notwendigen Einstieg in neue, dialogisch erarbeitete sicherheitspolitische Strukturen und in konsequente, auch nukleare Abrüstung. Ob nun Indien, Pakistan, Israel oder möglicherweise Iran und Saudi-Arabien - dieser Kurs führt weder zu mehr Sicherheit für diese Länder, noch für die Welt. Im Gegenteil: Das nukleare Pulverfass wird immer unsicherer, und ein Funke kann reichen, um es zur Explosion zu bringen.

Dabei ist klar, dass sich die überwiegende Mehrheit der Staaten für nukleare Abrüstung einsetzt. Insgesamt 66 Staaten haben inzwischen den im Januar 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert (Anm. der Redaktion: in Kraft gesetzt), 86 haben ihn unterzeichnet.

Das erste Treffen der Vertragsparteien im Juni hatte gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Parlamentarier*innen aus zahlreichen Ländern die Forderung nach einer Ächtung von Atomwaffen bekräftigt. Dass sich weder die offiziellen noch die inoffiziellen Atommächte und die NATO-Länder dem Abkommen angeschlossen haben, ist angesichts der gespannten Weltlage nicht nur brandgefährlich, sondern zugleich eine Missachtung des Willens der Staatenmehrheit.

Hier muss verantwortungsbewusste deutsche Abrüstungspolitik anfangen. Eine produktive Idee deutscher Außenpolitik hätte es in New York sein müssen vorzuschlagen, dass alle Atomwaffen besitzenden, entwickelnden und modernisierenden Staaten die dafür vorgesehenen und geplanten Mittel in die Bekämpfung des Klimawandels stecken - in einen globalen, allen UN-Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden "Klimarettung-Fonds". Analog dem Motto der Friedensbewegung "Schwerter zu Pflugscharen" nun "Atomwaffen-zu-Klimarettung-Fonds". Damit würde - gerade angesichts der bedrohlichen internationalen Lage vom Krieg in der Ukraine bis hin zu den zunehmenden Spannungen in der Taiwan-Straße zwischen den Atommächten China und USA - eine weitere Einstiegsmöglichkeit in weltweite nukleare Abrüstung zu eröffnet.



Ein klares Bekenntnis zur nuklearen Abrüstung und deren konsequente Umsetzung durch die Atommächte und deren Verbündete in Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen wäre ein wichtiges Zeichen zu den Jahrestagen von Hiroshima und Nagasaki.

Helmut Scholz
Abgeordneter im Europaparlament
Brüssel, 5. August 2022

Militärlogik überwinden

Am 6. August jährte sich zum 77. Mal der Abwurf einer US-Atombombe auf Hiroshima und 3 Tage später auf Nagasaki. Im direkten Umfeld des Abwurfes gab es keine Chance zu überleben. Und noch einen halben Kilometer entfernt betrug die Mortalitätsrate (Sterberate) rund 90%. Unmittelbar führten diese Angriffe zu ungefähr 200.000 Todesopfern. Wie viele Menschen an den Folgen von Verwundungen, radioaktiver Strahlung und den Spätfolgen gestorben sind, lässt sich nicht mit Sicherheit bestimmen.



Fortsetzung S. 6

Ruine als Atombombendenkmal in Hiroshima

Aktuell gibt es ca. 13.000 Atomwaffen auf der Welt trotz völkerrechtlicher Verpflichtungen zur vollständigen Abrüstung.

Wenn die Außenministerin der BRD sich in Japan medienwirksam hinstellt und die Vernichtung aller Atomwaffen fordert, ist sie für mich unglaubwürdig. Sie könnte doch erst einmal dafür sorgen, dass die BRD den Atomwaffensperrvertrag unterschreibt.

Aber die Bundesrepublik sorgt mit ihrer „Zeitenwende“-Politik für eine milliarden schwere Aufrüstung und hält am NATO-Konzept der sogenannten nuklearen Teilhabe fest. Dies bekräftigte Frau Baerbock auch auf der UN-Konferenz in New York:

der Einsatz für nukleare Nichtverbreitung und nukleare Abschreckung seien in diesen Zeiten kein Widerspruch.

Deutschland besitzt keine Atomwaffen. Allerdings sind im rheinland-pfälzischen Büchel bis zu 20 US-Atomsprenghköpfe stationiert, die im Ernstfall von Kampffjets der Bundeswehr eingesetzt werden sollen.

In der gesellschaftskritischen Analyse gibt es den uns bekannten Begriff „Militärisch-industrieller Komplex“. Beschrieben werden die enge Zusammenarbeit und die gegenseitigen Beziehungen zwischen Politikern, Vertretern des Militärs sowie Vertretern der Rüstungsindustrie. Da passt auch die Mitteilung, dass ein Milliardenauftrag für den Rüstungskonzern Krauss-Maffei für 100 Panzerhaubitzen durch das Bundeswirtschaftsministerium innerhalb von 2 Tagen genehmigt wurde.

Ich bin sehr erstaunt, welche Spitzenwerte Baerbock und Habeck und die Grünen bei Umfragen erhalten, obwohl sie sich in einem ideologischen Paralleluniversum befinden.

Passende Worte wurden in der MOZ 23./24. Juli 2022 von unserem ehemaligen Schwedter Bürgermeister, Peter Schauer, veröffentlicht:

...“Man erwägt für den Herbst Wärmezelte in großen Städten, damit die Leute sich wärmen können, wenn sie das Gas nicht mehr bezahlen können. Was sind Menschen noch wert? Warum ist Olaf Scholz nicht bei seiner Meinung geblieben, keine Waffen zu liefern? Waffen haben noch nie irgendein Problem gelöst. Jetzt spricht man schon von 360 Milliarden Wiederaufbauhilfe und die europäische Bevölkerung weiß nicht, wie sie den Winter überleben soll.“

Der Industriestaat Deutschland ist gerade dabei, sich tot zu sanktionieren. Hilft es den Frieden wieder herzustellen? Nein.

Zur Besinnung kommen. Verhandeln.

Monika Gohl

Anmerkung aus einer Leserzuschrift im "nd DIE WOCHE" vom 6./7. August 2022:

"In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken sie sich das, egal, was man ihnen im Geschichtsunterricht erzählt."

Garantieplan für Schwedt mit Ausgleichzahlungen und Sicherheiten gefordert



Die Zukunft der PCK Schwedt GmbH steht weiterhin nur auf tönernen Füßen und unbestimmten Zusagen aus dem Bundeswirtschaftsminister. Zu dieser Erkenntnis ist nun auch die Landesregierung Brandenburg gekommen und hat eins zu eins unsere Forderungen nach einem Garantieplan für Schwedt aus der vergangenen Landtagssitzung übernommen (vgl. Drucksache 7/5524). Zur Unterstützung der Landesregierung haben wir erneut versucht, einen Landtagsbeschluss mit den gleichen Forderungen herbeizuführen (vgl. Drucksache 7/5687). Leider wurde unser Antrag von der Koalitionsmehrheit auch diesmal abgelehnt. Somit ist es erneut verpasst worden, ein starkes Signal nicht nur in die Uckermark, sondern für ganz Ostdeutschland zu senden. Denn die PCK Raffinerie ist eins der wenigen ostdeutschen Industrieunternehmen, welches die Wende überstanden hat.

Ohne Not hat die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission erklärt, freiwillig zum Ende des Jahres auf Erdöllieferungen aus Russland über die Drushba-Trasse zu verzichten. Und dies vor dem Hintergrund, dass die Versorgung der Raffinerie mit Ersatzerdöl nicht annähernd logistisch gesichert ist bzw. überhaupt funktioniert. Deshalb fordern wir weiterhin verbindliche rechtliche Regelungen ein. Diese müssen sowohl Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten der PCK Raffinerie sowie auch die Vermeidung von Versorgungsengpässen und Kompensationszahlungen für steigende Kraftstoffpreise beinhalten.

Denn die geplante Umstellung der Logistikkette und der Verzicht auf russisches Erdöl werden teuer werden. Auf diesen Kosten dürfen die Verbraucherinnen und Verbraucher in Ostdeutschland nicht sitzen bleiben. Darüber hinaus muss der Bund die klimaneutrale Transformation des Standortes finanziell unterstützen. Wenn man dagegen Interwies des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Michael Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), liest, in denen er von Überkapazitäten am Kraftstoffmarkt spricht, werden die Sorgen um den Erhalt des Standortes Schwedt eher größer als kleiner. Steht doch zu befürchten, dass das PCK Schwedt über 30 Jahre nach der Wende doch noch Opfer eines westdeutschen Marktberaumungsprozesses wird.

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt, Stand: August 2022

01.09.2022	Kranzniederlegung zum Weltfriedenstag	Neuer Friedhof (Termin wird noch festgelegt)
01.09.2022	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
05.09.2022	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum R 207
07.09.2022	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
09.09.2022	R.Paulicks-Ausstellungseröffnung	
12.09.2022	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
22.09.2022	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
10.10.2022	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
13.10.2022	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle

Wir trauern um Erich Dannehl

gestorben am 23.06.2022 im Alter von 91 Jahren



Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

25.08.2022	Renate Meile	zum 70. Geburtstag
09.10.2022	Reiner Prodöhl	zum 70. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

19.08.2022	Ilse Nickel	zum 79. Geburtstag
19.08.2022	Ingeborg Zerbe	zum 69. Geburtstag
25.08.2022	Bernd Meyner	zum 74. Geburtstag
26.08.2022	Monika Gohl	zum 74. Geburtstag
28.08.2022	Sebastian Woitschach	zum 32. Geburtstag
05.09.2022	Jürgen Franz	zum 87. Geburtstag
05.09.2022	Christa Dannehl	zum 81. Geburtstag
18.09.2022	Marvin Schulz	zum 29. Geburtstag
21.09.2022	Frank Bismar	zum 59. Geburtstag
23.09.2022	Inge Kirsch	zum 82. Geburtstag
24.09.2022	Simone Kambs	zum 51. Geburtstag
26.09.2022	Manfred Giel	zum 78. Geburtstag
04.10.2022	Tobias Andres	zum 26. Geburtstag
06.10.2022	Rosmarie Klaschka	zum 79. Geburtstag
10.10.2022	Irmgard Rothnick	zum 88. Geburtstag
11.10.2022	Heike Heise-Heiland	zum 58. Geburtstag



KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 05-2022: 07.10.2022

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
mind. 1x wöchentlich
dringende Angelegenheiten unter
Telefon 415810

Finanzen:

29.08.2022, 10 bis 12 Uhr
27.09.2022, 10 bis 12 Uhr
24.10.2022, 10 bis 12 Uhr
28.11.2022, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de